

Untersuchungen über Sozialstruktur und Staat im Ersten Weltkrieg, seine Analysen der Mittelschichten und der Zusammenhänge zwischen Kapitalismuskrisis und Faschismus, ist sein Buch über den Massenstaat (*States of the Masse*), der die sozialen Gruppen zerstört, ein wesentlicher Beitrag zur aktuellen Faschismuskritik. Permanente Mobilisierung als Mittel der Herrschaftssicherung, Drang zur Aggression nach außen, die Verbindung von sozialpsychologischer Auflösung und Führerdiktatur werden von ihm als spezifische Merkmale des NS-Herrschaftssystems aufgezeigt. Lederer wußte Theorie und Praxis zu verknüpfen; seine Aufmerksamkeit erregte vorab die Verknüpfung von Wirtschaft, Herrschaft, sozialer Ungleichheit, also ein historischer Ansatz, nicht Wissenschaftstheorie. „Lederer war Vertreter einer engagierten Sozialwissenschaft und zugleich ein Feind jeder wissenschaftsfremden Parteilichkeit.“ Aufklärung, soziales Engagement, Austromarxismus, demokratischer Liberalismus prägten diese Gelehrtennatur, die niemals dogmatisch und darum für neue Einsicht immer offen war. Sie näher zu studieren, ermöglichen das beigegebene Schrifttumsverzeichnis und der Anmerkungsapparat. Daß sein Werk auch heute noch aktuell ist, verdankt es der leidenschaftlichen Anteilnahme an der Zeitgeschichte und seinem weiten Geist. Darum findet der Zeithistoriker darin gültige und kritische Aussagen über die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, den „neuen Mittelstand“, die Krise des Parlamentarismus, das Taylorsystem, den Ersten Weltkrieg, das Mitteleuropaproblem, die Sozialisierung, Inflation, den technischen Fortschritt, die Arbeitslosigkeit, Autarkie, über System und Zukunft des Kapitalismus, Planwirtschaft, Industrialisierung Japans, Bolschewismus, NS-Staat. Lederers letztes Vermächtnis war das Wort, daß nur eine geschichtete, nicht eine „klassenlose“ Gesellschaft die Fortentwicklung und Existenz der Zivilisation bewahren könne. Dem „inhaltlosen“ Staat des Faschismus und Bolschewismus setzte er die politische Idee demokratischer Freiheit entgegen.

München

Karl Bosl

Jörg K. Hoensch, *Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918—1978. Zweite, verbesserte und erweiterte Auflage.*

Verlag Kohlhammer, Stuttgart 1978, 186 S.

Es ist offenbar ein undankbares Unterfangen, eine Geschichte der Tschechoslowakischen Republik von ihrer Gründung bis auf unsere Tage zu schreiben. Hoensch weiß ein Lied davon zu singen. Im Vorwort zur zweiten Auflage seines Buches, die gegenüber der ersten (1965) beträchtlich erweitert und passagenweise gründlich überarbeitet wurde, läßt er diejenigen zu Wort kommen, die aus den verschiedensten Gründen mit seiner Interpretation nicht einverstanden sind.

Die Sudetendeutschen zeihen Hoensch des baren Unverständnisses für ihre Lage in der Ersten Tschechoslowakischen Republik und lasten ihm besonders an, ihre Vertreibung aus der Tschechoslowakei nicht energisch genug vor das moralische Tribunal gezerrt zu haben. Die marxistischen Historiker der ČSSR kreiden Hoensch das Fehlen einer Klassenanalyse der bürgerlichen Gesellschaft vor 1938 an und

goutieren seine Ausführungen für die Zeit nach 1945 ganz und gar nicht. Schließlich geht die tschechische Emigration nach 1948 mit dem Autor scharf ins Gericht, weil sie seine Kritik an Beneš nicht teilt und bei Hoensch überdies geheime Sympathien „für die kommunistischen Herrschaftsmethoden“ wittert. Daß von diesen auch bei intensivster Lektüre nun wirklich nichts zu entdecken ist, ist nur ein Indiz dafür, auf welche Weise die Auseinandersetzung im vorliegenden Fall geführt wird. Wo sich Hoensch nicht über den jeweils eigenen politischen oder ideologischen Leisten schlagen läßt, gibt es keine rationale Kritik und diskursive Argumentation, sondern nur die Kampfansage a limine: So muß sich Hoensch nacheinander antikommunistische, faschistoide und prokommunistische Tendenzen nachsagen lassen.

In diesem allseitigen Gezänk beharrt der Autor mit Recht darauf, daß er zunächst einmal an seinen eigenen Voraussetzungen zu messen sei. Die Fülle des Stoffes und der zur Verfügung stehende Raum zwangen zur Auswahl und Begrenzung. Es hat daher keinen Sinn, eine Rezension darauf abzustellen, diese oder jene Tatsache sei nicht gebührend berücksichtigt oder überhaupt nicht erwähnt worden. Der Horizont wissenschaftlicher Kritik ist weiter gezogen als die Forderung nach einer umfänglich begriffenen Objektivität glauben machen will.

Die Fakten, die Hoensch in seiner Untersuchung präsentiert, ruhen auf sicherer, quellenkritisch abgestützter Grundlage. Quantifizierende Angaben und Datierungen halten beliebig vielen Stichproben stand. Die großen Zäsuren der tschechoslowakischen Innenpolitik und die dramatischen Peripetien der Außenpolitik, die schon aufgrund der Verknüpfung des sudetendeutschen Problems mit der reichsdeutschen Politik breiten Raum einnimmt, werden in einer ebenso knappen wie präzisen und pointierten Weise dargestellt, die in der Literatur ihresgleichen suchen dürfte. Die Fähigkeit des Autors, verwickelte diplomatische Zusammenhänge und undurchsichtige Machtkonstellationen auf ihren Kern zu reduzieren und in wenigen Sätzen einsichtig zu machen, verdient dabei besonders hervorgehoben zu werden. Wer also einen zuverlässigen, fakten- und kenntnisreichen, obendrein klar gegliederten Überblick über die tschechoslowakische Geschichte von 1918 bis in die Gegenwart gewinnen will, kann auf das Buch von Hoensch nicht verzichten.

Da sich der Autor auch und in besonderem Maße an den interessierten Nichtfachmann wendet, mag es unangemessen erscheinen, seine Darstellung vor allem unter methodischen und methodologischen Gesichtspunkten zu rezensieren. Freilich ist es inzwischen ein Gemeinplatz, daß mit der Entscheidung über methodische und methodologische Grundsatzfragen weit über den engeren fachwissenschaftlichen Rahmen hinaus allgemeine Probleme der Wirklichkeitsdeutung berührt und praktisch folgenreiche „Weltbilder“ vermittelt werden. Hoensch selbst hat solche praktischen Folgewirkungen durchaus im Auge. Er möchte mit seinem Buch — vor dem Hintergrund des belasteten deutsch-tschechoslowakischen Verhältnisses eine legitime und notwendige Zielsetzung — „hemmende Vorbehalte abbauen“ (S. 7), also zur Aufklärung seines Publikums beitragen.

Hoenschs Untersuchung steht in der Tradition klassischer Staaten- und Politikgeschichte; soweit gesellschaftliche Massen- und Kollektivphänomene in den Blick geraten, erscheinen sie stark vom Staatlichen überformt und sind eher Folge denn Voraussetzung gouvernementaler Akte. Dieser methodologischen Grundrichtung,

die noch von der alteuropäischen, für die Moderne allerdings fragwürdigen Einheit von Staat und Gesellschaft ausgeht, korrespondiert eine nicht minder ausgeprägte historistische Tendenz. Dazu gehört die Betonung des Individualitätsprinzips mit dem diesem eigenen idealistischen Freiheits-, Persönlichkeits- und Handlungsbegriff, das vorherrschende Interesse an den Haltungen und Handlungen der politischen Spitzenakteure und der hermeneutisch-verstehenden Auslegung von Motiven, Entscheidungen und Intentionen, die — das ist keine verzerrende Charakterisierung — weit vor der systematischen Analyse rangiert.

Für Hoensch ergibt eine methodologische Position, die sich am Staat als einem übergeordneten und umfassenden „Allgemeinen“ orientiert und dessen Geschichte an der Elle von Souveränität, Recht, Gesetz und territorialer Integration mißt, zumindest insofern einen Sinn, als sie zwangsläufig zur Abgrenzung gegen jene hinführt, die mit dem Februarumsturz 1948 die staatliche Souveränität und Individualität der Tschechoslowakei zugunsten des „proletarischen Internationalismus“ und der supranationalen Kompetenz Moskaus liquidiert haben. Aus den Schlußsätzen des Autors (S. 178) ließe sich dieser umgreifende Sinnbezug herauslesen.

Andererseits gerät der Autor mit diesem Ansatz in argumentative Schwierigkeiten. Denn was für die kommunistische Ära der Tschechoslowakei in der Wendung gegen Brežnev-Doktrin und osteuropäisches Paktsystem wünschenswert ist (S. 178), nämlich die aus einem tschechoslowakischen Nationalkommunismus erwachsende Stärkung der staatlichen Hoheitsgewalt der Tschechoslowakei, das gilt dem Autor im Kontext der Zwischenkriegszeit durchaus nicht als ordnungspolitische ultima ratio.

Hoensch vertritt mit guten Gründen die Auffassung, daß das brisanteste innenpolitische Problem der Ersten Republik, die sudetendeutsche Frage, durch die frühzeitige und weitreichende Gewährung von Autonomierechten hätte entschärft werden können. Damit optiert er aber — unausgesprochen — für eine Form staatlicher Organisation, die durch die weitgehende Einschränkung des integralen nationalstaatlichen Prinzips und das Zurückschrauben von staatlichen Hoheits- und Gewaltmonopolansprüchen gekennzeichnet gewesen wäre. Das um den klassischen Staatsbegriff und den Staat als monadisches Handlungssubjekt kreisende historiographische Paradigma bleibt daher in seiner Anwendung willkürlich und abhängig von Einstellungen, die — wie auch immer motiviert — der methodischen und methodologischen Klarheit abträglich sind.

Ähnlich inkonsequent verfährt der Autor in der Beurteilung der nationalpolitischen Leit- und Zielvorstellungen von Tschechen und Deutschen. Man kann Hoensch darin zustimmen, daß die tschechischen politischen Führungsgruppen nach 1918 ihre nationale und politische Programmatik zunehmend auf Geschichtslegenden stützten, die das Verhältnis zum deutschen Bevölkerungsteil belasten mußten (S. 26). An Beispielen hierfür herrscht in der Tat kein Mangel. Schief wird die Sache indessen dadurch, daß Hoensch zwar gegenüber den Tschechen strenge Ideologiekritik übt, die sudetendeutschen nationalpolitischen Vorstellungen aber vorzugsweise auf einer anderen Ebene diskutiert. Hier ist sein Thema nicht in erster Linie das kritische „Hinterfragen“, sondern das historistische Sich-Einfühlen in subjektives Wollen und ideale Intentionen. Während intensive Überlegungen daran gewendet

werden, wie lange Henlein es „aufrichtig“ und „ehrlich“ mit seinen Forderungen an die tschechoslowakische Regierung meinte (S. 61), während durch die nachdrückliche Feststellung, Hitler habe die Sudetendeutschen „mißbraucht“ und ihr Anliegen „perviert“ (S. 59, 114), deren Handeln auf die bloß introspektiv zugängliche Kategorie des „guten Willens“ reduziert wird, kommen die nationalsozialistischen Volkstumsideologeme Henleins samt ihrem penetranten „Blut und Boden“-Geruch mit erstaunlich geringen Schrammen davon.

Hoensch ist weit davon entfernt, es mit irgendeiner Seite halten zu wollen; sein nicht begründbarer methodologischer Perspektivenwechsel bei der Charakterisierung tschechischer und deutscher nationaler Ideologien stiftet daher nur Verwirrung. Die Darstellung des sudetendeutschen Problems, die passagenweise den Eindruck erweckt, als ginge der historische Zusammenhang in dem auf, was die Individuen intendieren, bleibt jedenfalls im Hinblick auf diesen idealistisch überzogenen Handlungsbegriff unbefriedigend und muß am Ende das Nichtintendierte durch die Hintertür doch wieder einführen: Unversehens finden sich die Sudetendeutschen, denen man ihren guten Willen belassen hat, mitsamt demselben in ein System eingespannt, das ihnen den objektiven Kausalzusammenhang ihrer Intentionen drastisch genug vor Augen führte¹.

Das historicistische Verständnis, Geschichte ereigne sich hauptsächlich als Folge intentional gesteuerter Handlungen, läßt sich allemal einleuchtender an den politischen Haupt- und Spitzenakteuren explizieren². Es ist geradezu das Stigma der zeitgeschichtlichen Tschechoslowakei-Forschung, daß fast alle Darstellungen mit einer gewissen lähmenden Stereotypie beim makros anthropos Masaryk oder Beneš als den eigentlichen Sinnstiftern und Gestaltern der national-politischen Entwicklung enden. Hoenschs Buch lebt von der Kontrastierung der beiden Staatspräsidenten, und die Einschätzung ganzer Perioden der tschechoslowakischen Geschichte hängt oft unmittelbar von der positiven Bewertung des einen (Masaryk) oder dem negativen Urteil über den anderen (Beneš) ab. Mit Masaryk schließt sich bei Hoensch der Kreis: Das Erbe des Humanismus, den Masaryk in die Erste Republik einbrachte, wirkt nach Hoenschs Auffassung auch in der Gegenwart ungebrochen fort (S. 178).

Nun ist das paternalistische Respekt- und Herrschaftsverhältnis, in dem Masaryk und Beneš über die Massen erhoben waren, durchaus kein nachträglich angesonnenes ideologisches Konstrukt, und es sollte auch nicht mit der Art von Popularität der Führungsgarnituren in den modernen Massendemokratien verwechselt werden,

¹ Eine brillante sozialgeschichtliche Untersuchung des sudetendeutschen Problems, die solchen idealistischen Fallstricken und eskapistischen Argumentationsweisen entgeht, verdanken wir R. Jaworski, *Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR*, Stuttgart 1977.

² Dem entspricht Hoenschs Tendenz, die Massen vornehmlich mit bloß reaktivem Handeln und Verhalten auszustatten. Von daher kann dann beispielsweise die soziale Frage auf dem Lande nach 1945 zu der moralisierenden Bemerkung verdünnt werden, daß das ländliche Proletariat dem kommunistischen „Lockmittel“ der Landzuteilung „kaum zu widerstehen vermochte“ (S. 116).

die durch das Gewerbe des politischen Marketing erzeugt wird. Gerade weil dieses Verhältnis zu den Eigentümlichkeiten der tschechoslowakischen politischen Kultur gehört und den Schlüssel zu einer Reihe anderer Probleme bildet, kommt man um eine Kritik der Literatur nicht herum. So liebevoll sie das Masaryk/Beneš-Syndrom pflegt und so sehr sie in der (trügerischen) Genialität einer allesverstehenden Einfühlung in die Gedankenwelt der beiden Staatsmänner schwelgt, so blind ist sie in ihrem Positivismus für die damit verknüpften strukturellen Zusammenhänge. Weithin, besonders in der angelsächsischen Literatur, zum Aufhänger für eine nostalgisch-erbauliche Betrachtungsweise geworden, fördert der Masaryk-Beneš-Topos daher statt Erkenntnis eher intellektuelle Langeweile.

Hoenschs Demokratieverständnis sträubt sich gegen den präsidialen Paternalismus, zumal dort, wo dieser organisatorische Gestalt angenommen und verfassungsrechtlich nicht gedeckte Machtansprüche erhoben hat; die Kritik des Autors an der „Burg“, dem informellen Kreis strategischer Cliques um Masaryk und Beneš, zeigt das (S. 36). Weitere verstreute Bemerkungen lassen erkennen, daß Hoensch im Eliten/Massen-Verhältnis, für welches die Aura von Autorität und Prestige um Masaryk und Beneš ja nur ein Beispiel ist, durchaus ein Faktum sieht, das für Struktur und Entwicklung der Tschechoslowakischen Republik in vieler Hinsicht und in sehr verschiedenen Zusammenhängen einen erheblichen Erklärungswert besitzt. Zu einem strukturellen Deutungsmuster fügt der Autor seine Beobachtungen allerdings nicht zusammen.

Bürgerliche Gesellschaften erkennen politische Herrschaft in personaler Form nicht mehr an; ihre Genese ist ja geradezu durch die Überwindung dieser traditionellen Herrschaftsform definiert. Das tschechoslowakische Beispiel verweist auf Herrschaftsmechanismen und einen Modus der Sozialintegration, die in hohem Maße auf Klientelbeziehungen beruhen. Natürlich reicht es nicht aus, diese These allein auf die Autoritäts- und Loyalitätsmuster zu gründen, die sich zwischen den Staatsbürgern und beiden Staatspräsidenten entwickelten. Unterhalb dieser Ebene finden sich jedoch viele andere Belege. Dabei braucht man gar nicht in erster Linie an die eigentümlichen Clan-Strukturen in der Slowakei zu denken; hier bildeten in der Zwischenkriegszeit über Verwandtschaftsbeziehungen hergestellte Klientelverhältnisse den organisatorischen Nukleus von Herrschaft und Sozialintegration. In ebenso ausgeprägter Form treten diese im Binnengefüge der Agrarpartei hervor, die mit allen ihr angeschlossenen Organisationen immerhin rund eine Million Bürger der Ersten Republik erfaßte. Als letztes Beispiel — man könnte die Reihe noch fortsetzen — seien die industriellen Herrschafts- und Machtstrukturen erwähnt; sie waren auf betrieblicher Ebene weithin durch Muster der Subordination gekennzeichnet, die unter dem Stichwort „sekundärer Patriarchalismus“ oder „Industrie-feudalismus“ diskutiert zu werden pflegen³.

³ Diese Strukturen spielten nach 1945 in der durch politische Streiks vorangetriebenen Auseinandersetzung um die industriellen Konfiskate eine entscheidende Rolle. Wo die alten Belegschaften der Industriebetriebe trotz massenhafter Mobilisierung und Umverteilung der Arbeitskräfte unter Kriegs- und Nachkriegsbedingungen zusammengeblieben waren, vermochte die Streikstrategie der KPTsch das Loyalitätsverhältnis der Arbeiter gegenüber den Industriellen nicht aufzubrechen. Nicht selten kam es wegen der

Klientelbeziehungen beruhen, wie es scheint, auf Legitimationsprozessen, die inhaltliche diffuse Massenloyalität beschaffen, aber Partizipation vermeiden. Das tschechoslowakische Beispiel liefert in der Tat Anhaltspunkte für den unpolitischen Charakter dieser Form von Sozialintegration. Die Art von Autorität, wie sie Masaryk und Beneš genossen, läßt sich nur partiell als politische Identifikation oder Vorbildinternalisierung verstehen; sie war — in bestimmten Grenzen — leicht verschiebbar und auf „Führer“ von ganz anderer politischer Coleur übertragbar. Kehren wir an dieser Stelle zu der Untersuchung von Hoensch zurück.

Aus mehreren Sachkomplexen seiner Darstellung, auf die sich unsere Überlegungen anwenden ließen, seien zwei herausgegriffen, und zwar die Problematik des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und die Frage nach den Ursachen des massenhaften Zulaufs zur Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei nach 1945.

Hoensch hat sicher recht, wenn er den Widerstand zumal im Protektorat Böhmen und Mähren für insgesamt schwach hält und im Grunde nur in den Reihen der Intelligenz lokalisiert. Seine Begründung für den marginalen Widerstand der Arbeiterschaft wie auch der bäuerlichen Bevölkerung müßte man dagegen modifizieren und schärfer fassen. Es ist unbestreitbar, daß die Bereitschaft dieser beiden Schichten zur Teilnahme am Widerstand durch die für sie im ganzen nicht ungünstige materielle Entwicklung unter dem Okkupationsregime erheblich gedämpft wurde (S. 98). Ebenso wichtig und viel aufschlußreicher war allerdings, daß es den nationalsozialistischen Okkupanten gelang, durch eine perfekt inszenierte, auf paternalistisch-autoritative Führung abhebende Selbstdarstellung die passive Loyalität weiter Bevölkerungskreise zu binden und auf diese Weise insbesondere Arbeiter- und Bauernschaft zu domestizieren⁴. Wenn wir nicht annehmen wollen, daß sich Sozialverhalten mit gesamtstaatlichem Wandel sogleich ändert, liegt es nahe, eine Verbindungslinie von solchen Formen der Unterordnung und Folgebereitschaft zu ähnlich gelagerten Phänomenen in der Ersten Republik zu ziehen.

Nun zum zweiten Punkt, zur Frage, warum sich die Kommunisten gerade in der stets als parlamentarisch-demokratisches „Musterlände“ gepriesenen Tschechoslowakei nach 1945 eine Massenbasis zu sichern vermochten, die in ganz Osteuropa nicht ihresgleichen hatte. Die Literatur beantwortet diese Frage zumeist mit den landläufigen Denkfiguren aus der Zeit des Kalten Krieges, die aufzuzählen sich nicht lohnt. Auch Hoenschs Deutung des Sachverhalts treibt Erkenntnis nicht voran, oder sollte der Satz, daß die KPTsch nach 1945 „Scharen von Opportunisten anzog“ (S. 118), gehaltvoller sein als der Umkehrschluß, demzufolge die moralisch Integren das nichtkommunistische Lager bildeten?

Daß die KPTsch nach 1945 ihre Erfolge auch jenen Verhaltensdispositionen verdankte, die traditionellerweise für eine unpolitische Form der Sozialintegration

Frage, ob der betr. Betrieb dem nationalisierten Sektor zugeschlagen werden sollte, zu schweren innerbetrieblichen Auseinandersetzungen zwischen „alten“ und „neuen“ Betriebsangehörigen. Vgl. dazu die aufschlußreiche Dokumentation von R. Hlušíčková / J. Vrbata, Varnsdorfská stávka, in: Sborník k dějinám 19. a 20. století 3, Praha 1976, 101—255.

⁴ Viele Hinweise darauf bei D. Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protektorat, 2 Bde., München-Wien 1969—1975.

im oben angedeuteten Sinne gesorgt hatten, zeigt eine Analyse der Wahlen zur Nationalversammlung im Mai 1946, die Lazna durchgeführt hat⁵. Zu ihren wichtigsten Ergebnissen zählt der Nachweis, daß rund 60 Prozent der Wähler, die 1935 für eine Partei im rechten Parteienspektrum gestimmt hatten, 1946 für die Kommunisten votierten⁶. Lazna zieht daraus — nach eingehender Abwägung aller Motive für dieses Wählerverhalten — den Schluß, daß für diesen Teil der Wählerschaft ein Demokratieverständnis kennzeichnend war, dem eine weitgehend substanzlose, auf einen allgemeinen „authoritarian approach“ gegenüber Politik reduzierte Orientierung zugrunde lag.

Es geht hier nicht darum, ob mit diesen Anmerkungen zu einer spezifischen Form von Herrschaftsstruktur und eigentümlich unpolitischer sozialer Integration wirklich ein in jeder Hinsicht zentrales Problem der tschechoslowakischen Geschichte angesprochen wird. Die Anmerkungen stehen vielmehr dafür, daß der Typus von gesellschaftlich-politischer Formation, wie ihn die Erste Tschechoslowakische Republik darstellte, trotz einer Fülle guter Einzelbeobachtungen kaum je zum Gegenstand einer umgreifenden Analyse gemacht worden ist, die modernen struktur- und sozialgeschichtlichen Frageinteressen entgegenkommt. Es kann im Grunde nur die Adepten des staatsrechtlichen Positivismus befriedigen, wenn man diese Formation als parlamentarische Demokratie bezeichnet (S. 178). Schon ein flüchtiger Blick auf die Entwicklung bis 1948 zeigt ja doch mit aller wünschenswerten Klarheit, daß Demokratie gerade nicht durch die Institution des Parlaments realisiert und gewährleistet wurde: Vor 1938 wie zwischen 1945 und 1948 war die Nationalversammlung Hintersasse und abhängige Variable der kartellierten Parteioligarchen, sei es in der „Pětka“ oder der „Nationalen Front“. Daß dies nie Anlaß zu Protesten größeren Ausmaßes gegeben hat, läßt erkennen, daß die durchschnittliche Staatsbürgerrolle durch einen beträchtlichen Grad der Indifferenz gegenüber den institutionellen Arrangements von Demokratie bestimmt wurde. Das wiederum führt zurück zu der Beobachtung, daß die Sozialintegration, d. h. die Integration in das Normen-, Werte- und Legitimationssystem, stärker über andere, für eine parlamentarische Demokratie idealtypisch nicht vorauszusetzende Mechanismen vollzogen wurde.

Es mag sein, daß das außerordentlich wechselvolle Schicksal der Tschechoslowakei wie von selbst dazu führt, ihre Geschichte als eine Kette der wahrlich zahlreichen Haupt- und Staatsaktionen zu schreiben und jene Wirklichkeitsschichten zu vernachlässigen, die sich langsamer ändern und deren banale Alltäglichkeit auf publikumswirksame Effekte nicht hoffen kann. Wer aber — wie Hoensch — am Ende annimmt, daß unter den Ereigniskatarakten und den augenfälligen Veränderungen der staatlichen und gesellschaftlichen Makrostruktur politische und sozialmoralische Traditionen zäh fortleben (S. 177/178), dem ist entgegenzuhalten, daß es eines anderen methodischen und methodologischen Ansatzes und des Interesses an den tieferliegenden Strukturen historischer Wirklichkeit bedürfte, um dieser Annahme

⁵ M. Lazna, Causes of the Communist victory in the 1946 Czechoslovak Election, ungedr. Diss., New York 1971.

⁶ E b e n d a 175.

Überzeugungskraft zu verleihen. Bei Hoensch bleibt sie eine analytisch unergiebig beschwörung vergangener Zeiten.

Ich schließe die Vermutung nicht aus, daß es eine kritische Strukturgeschichte der Tschechoslowakischen Republik von ihren Anfängen bis zur Gegenwart deshalb nicht gibt, weil dies zu einer Relativierung der in aller Regel geballten Kritik am Gang der tschechoslowakischen Geschichte seit 1948 führen könnte. In diesem Sinne macht auch Hoensch Selbstverpflichtung auf einen vorbehaltlosen Rationalismus (S. 6) zu viele Vorbehalte. Wenn wir Aufklärung, wie sie der Verf. fordert, ernst nehmen wollen, dann kann sie nicht dort enden, wo die Reflexion auf die lebensweltlichen Voraussetzungen methodischer und methodologischer Entscheidungen beginnt.

Bochum

Peter Heumos

Francis Ludwig Carsten, Faschismus in Österreich: Von Schönerer zu Hitler.

Verlag Wilhelm Fink KG, München 1978, 373 S., Ln. DM 28,—.

Dieses Buch des englischen Historikers F. L. Carsten, der am London Institute for Slavonic Studies führend tätig ist, sich aber auch als Kenner der neuzeitlichen deutschen Ständegeschichte (*Princes and Parliaments in Germany* 1959) und der Revolutionsgeschichte (*Revolution in Mitteleuropa* 1918, 1919. Köln 1973) ausgezeichnet hat, ist als wesentlicher Beitrag zur aktuellen Faschismuskommunikation zu werten, schon darum, weil es eine Lücke füllt und mit größter Nüchternheit und Objektivität aufgrund eines ausgedehnten Quellenstudiums und mit größter Sachkenntnis den Schleier über den sogenannten „Austrofaschismus“ lüftet und ein streng gehütetes Tabu entmythologisiert. Der „Austrofaschismus“ ist, wenn es ihn gibt, ein ähnlich individuelles Gebilde wie der Austroslawismus, den Th. G. Masaryk gegen den Panlawismus anstrebte, und der Austromarxismus des Viktor Adler, Otto Bauer und Karl Renner, aber Carsten weiß doch auch die vielfach verschlungenen Beziehungen zwischen österreichischem und deutschem Nationalsozialismus sowie österreichischer Heimwehr und bayrischen Paramilitärischen Verbänden (Orgesch) aufzuspüren. Ich halte es für sehr wichtig, daß Carsten Vorgeschichte, Voraussetzungen und Zusammenhänge entwirrt und damit das Tabu des österreichischen „Faschismus“ durchschaubar macht. Mit meinen Schülern habe ich diese Methode 1968 zur Entmythologisierung des Traumas der Revolution von 1918/19 angewandt. Dem politischen Urteil schadet nichts mehr als ein ideologisiertes Geschichtsbild, vielleicht auch ein moralisches, wie G. Barraclough in einer bedeutenden Antrittsrede als Direktor des britischen Institute of international affairs an Hitler und dem Urteil über ihn gezeigt hat (*History, Politics and Morals* 1958). Die reiche Palette des Historikers Carsten enthält das gesättigte Bild des „Austrofaschismus“ von Schönerer und den Alldeutschen, den deutschnationalen Gewerkschaften und der Deutschen Arbeiterpartei, beginnt mit der sogenannten Völkischen Bewegung und dem Kampf der frühen Heimwehren gegen die rote Revolution (Das rote Wien, das rote Berlin) und belegt dann Hitlers Anspruch auf die Führung